



Niederschrift

61. Plenarsitzung des Gemeinderates
26. Februar 2019, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

10.

Punkt 9 der Tagesordnung: Anrechnung der Auszubildenden für die praxisintegrierte Erzieherinnen- und Erzieherausbildung (PIA) sowie der Auszubildenden der Fachrichtung Jugend- und Heimerziehung (FJH) auf den förderfähigen Stellen-schlüssel

Vorlage: 2019/0050

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss die Änderung der „Richtlinie der Stadt Karlsruhe für die Förderung von Kindertagesstätten und Kinderkrippen“ zum 1. September 2019 gemäß der (der Vorlage) beigefügten Anlage.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 9 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Jugendhilfeausschuss:

Sie haben dazu eine geänderte und ausgetauschte Beschlussvorlage.

Bürgermeister Lenz: Anrechnung der Auszubildenden für die praxisintegrierte Erzieherinnen- und Erzieherausbildung, Sie haben eben den Titel noch einmal gehört. Aber die Anrechnung findet nicht statt. Sehr wohl ist der Titel natürlich noch der, der es einmal war. Das hat damit zu tun, dass im Jugendhilfeausschuss uns kein stimmberechtigtes Mitglied gefolgt ist - wenn ich sage, uns, dann meine ich die Verwaltung -, eine solche Anrechnung vorzunehmen. Wir meinten, die Anrechnung, die wir uns ausgedacht hatten mit 0,1 Stellen im zweiten Jahr, im dritten Ausbildungsjahr 0,2 Stellen, wäre moderat und würde mitgetragen. Dem war nicht so. Das ist die ganze Vorgeschichte. Deswegen haben wir entsprechend unseren Gepflogenheiten und natürlich mit gutem demokratischen Stil die Vorlage angepasst. Mir bleibt nur noch, mich zu bedanken für die faire, etwas harte Auseinander-

setzung, aber immer sachlich. Die Argumente sind ausgetauscht. Ich hab unser Argument angedeutet, mache es aber auch noch einmal gerne hier öffentlich auf der stadtpolitischen Ebene, dass, wenn man dem Fachkräftemangel die Stirn bietend bis zu 5 Mio. Euro einsetzt als Großstadt, als erste in Baden-Württemberg, ist es doch eine ganz erkleckliche Summe, und das auf Dauer angelegt. Ich darf daran erinnern, dass Sie vor nicht einmal einem Jahr noch einmal 50 Plätze draufgelegt haben. Dann darf schon die Frage erlaubt sein, ob ein Zuschuss für den öffentlichen Beitrag von Seiten der Freien Träger möglich wäre. Das ist nicht so.

Mein letzter Satz heißt: Klar, wir machen gemeinsam so weiter, ziehen weiter an einem Strang. Denn die Gemeinschaftsaufgabe bleibt beim Kita-Ausbau. PIA war jetzt einmal ein ungewohntes Nicht-Miteinander. Aber die Abstimmung hat es im Jugendhilfeausschuss geheilt und wird es auch heute heilen. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Stadtrat Krug (CDU): Die jetzige Vorlage der Verwaltung unterstützen wir ausdrücklich. Unser aller Ziel muss es sein, den Beruf des Erziehers, der Erzieherin attraktiv zu gestalten. Wir sind eigentlich in der glücklichen Lage, dass wir heute eine Konkurrenz um Auszubildende haben. Da muss dann der Ausbildungsplatz, die Ausbildung sowohl für die Auszubildenden als auch für die Ausbildungsstätte attraktiv bleiben.

Der nächste Punkt ist, dass uns zur Zeit nicht nur hunderte Plätze im Kita-Bereich fehlen, und im Übrigen dann natürlich auch die Fachkräfte dafür, sondern dass wir – die Demografie ist unaufhaltsam – perspektivisch damit rechnen müssen, dass doch eine ganz große Zahl von Erziehern aus Altersgründen ausscheiden wird.

Des Weiteren, und hier spreche ich einmal aus meiner Berufserfahrung als Lehrer, ist es so, wenn Sie Auszubildende haben, dann sind Sie als Fachkräfte auch immer gefordert bei dieser Ausbildung. Das erfordert zusätzliches Engagement und zusätzliche Zeit. Aus all diesen Gründen haben wir, alle Vertreter – Sie haben es hervorgehoben, Herr Bürgermeister Lenz –, im Jugendhilfeausschuss am 6. Februar es abgelehnt, die Arbeitsleistung der Auszubildenden im zweiten und dritten Jahr anzurechnen. Ich möchte ausdrücklich nicht kritisieren, dass Sie in diesem Punkt Sparanstrengungen unternommen haben. Aber unserer Ansicht nach ist das der falsche Bereich gewesen. Deshalb begrüßt die CDU-Fraktion die geänderte Vorlage und stimmt dieser nachher auch zu.

Stadträtin Melchien (SPD): Auch die SPD-Fraktion wird der nunmehr geänderte Beschlussvorlage, die Auszubildende eben nicht auf den förderfähigen Stellenschlüssel anzurechnen, heute zustimmen. Sie haben es angesprochen, die ausführliche Debatte haben wir im Jugendhilfeausschuss geführt. Deshalb hier nur in Kürze konkret zur Vorlage unsere Position. Auch wir sehen, dass Auszubildende, welche selbst im dritten Ausbildungsjahr regelmäßig in der Schule sind, und darüber hinaus ihre Urlaubstage auch nur während dieser Praxistage nehmen können, aus unserer Sicht nicht auf den Mindestpersonalschlüssel angerechnet werden sollten.

Darüber hinaus ist festzuhalten, mein Kollege ist schon kurz darauf eingegangen, aufgrund der wirklich sehr guten Förderung haben wir auch eine fantastische Qualität in den vielen Kindertagesstätten in der Vielfalt hier in Karlsruhe. Das beweist auch ein Ergebnis der Bertelsmann-Stiftung beziehungsweise untermauert dieses. Es zeigt, dass frühkindliche Bildung uns allen sehr viel wert ist. Darauf sind wir hier im Hause auch stolz. Außerdem ha-

ben wir auch weiterhin einen ungebrochenen Ausbaubedarf an weiteren Kita-Plätzen bei anhaltendem Fachkräftemangel. Deswegen sollten wir hier nicht nachlassen, auch um den Rechtsanspruch erfüllen zu können. PIA ist ein Erfolgsmodell. Wir wollen weiter daran festhalten. Auch ich möchte betonen, dass die Träger natürlich auch einen Beitrag leisten, indem sie ausbilden. Wir alle wissen, gute Ausbildung braucht Zeit.

Einen Hinweis möchte ich noch geben. In der geänderten Beschlussvorlage ist auch ein Absatz. Dem kann entnommen werden, dass die Verwaltung diese Mittel für die Finanzierung eines ersten Schrittes bezüglich der Beitragsfreiheit von Kitaplätzen vorgeschlagen hatte. Hier möchte ich daran erinnern, dass wir im Rahmen der Beratung zum Doppelhaushalt mit einer breiten Mehrheit des Karlsruher Gemeinderates bereits Mittel für diese ersten Schritte eingestellt haben. Tatsächlich bestand zur Zeit der Haushaltsberatungen eine zumindest vage Hoffnung, dass das Land in diesem Bereich der Ausbildungsfinanzierung endlich anfängt, die Kommune tatkräftig finanziell zu unterstützen. Eine befristete Pauschale von 100 Euro mit strengen und nicht zu den Karlsruher Verhältnissen passenden Voraussetzungen, stellt aus unserer Sicht keine nennenswerte Entlastung dar, die eine solche Anrechnung von Seiten der Stadt hätte rechtfertigen können. Welche Entlastung hiervon überhaupt für den städtischen Haushalt erfolgt, ist – wie wir der Beschlussvorlage entnehmen konnten – noch nicht einmal abzusehen. In diesem Sinne stimmen wir heute auch zu.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Wir GRÜNE freuen uns sehr, dass im Jugendhilfeausschuss alle kommunalen Mitglieder der Vorlage nicht zugestimmt haben, auf den förderfähigen Schlüssel eine Anrechnung durchzuführen, 0,1 % im ersten Jahr und 0,2 % im zweiten Jahr. Wir halten es absolut für den falschen Weg. Denn wir haben tatsächlich noch riesige Herausforderungen beim Ausbau der Kindertagesstätten, bei der Gewinnung von notwendigem Fachpersonal und vor allem auch bei der Qualitätsentwicklung der Kindertagesstätten. Aber alle diese Herausforderungen können wir nur bewältigen, wenn wir tatsächlich genügend Fachkräfte gewinnen. Hier hat Karlsruhe gerade dadurch, dass schon vor vielen Jahren begonnen wurde, die praxisintegrierte Ausbildung anzubieten, dazu beigetragen, dass wir nicht diesen gravierenden Fachkräftemangel haben in unserer Stadt, wie ihn andere Städte wie Stuttgart haben.

Insoweit haben wir als GRÜNE im letzten Jahr beantragt, dass weitere 50 Stellen geschaffen werden, so dass wir jetzt insgesamt 150 Plätze haben für die Ausbildung von praxisintegrierten Erzieherinnen und Erziehern. Diese Ausbildung ist besonders gut geeignet, Menschen aus anderen Berufen, die umsteigen möchten, die gerne in Kindertagesstätten arbeiten möchten, zu gewinnen. Es sind mehr junge Männer oder auch Männer aus anderen Berufen, die gewonnen werden können. Insofern können wir auch hier dazu beitragen, dass die Erzieherquote etwas erhöht wird. Vor allem – man muss es dazu sagen – sind diese berufserfahrene Menschen auch eine große Bereicherung.

Jetzt ist die praxisintegrierte Ausbildung eine Ausbildung, bei der nicht angerechnet wird. Aber damit entspricht sie allen anderen dualen Ausbildungen. Denn es gibt faktisch keine duale Ausbildung, bei der auf den Stellenschlüssel angerechnet wird. Insofern wäre das auch ein falscher Weg gewesen und ein falsches Signal, wenn auf diese praxisintegrierte Ausbildung angerechnet wird.

Frau Kollegin Melchien hat schon angedeutet, wir haben bezüglich des Stufenplans für die beitragsfreien Kitas schon 5 Mio. Euro für 2019 in den Haushalt eingestellt, fortlaufend auch für den nächsten Haushalt. Aber Bund und Land setzen vorwiegend auf die Qualitätsentwicklung der Kindertagesstätten. Es ist auch enorm wichtig, die Qualitätsentwicklung in den Blick zu nehmen. Zu der Qualitätsentwicklung gehört die Umsetzung der Inklusion, es gehört dazu, das Leitungspersonal stärker zu entlasten für die pädagogische Arbeit. Es gehört aber auch mit dazu, in die Richtung zu gehen, die Erzieherinnen und Erzieher insgesamt besser zu bezahlen. Von daher müssen wir beides im Blick haben, auch die Qualitätsentwicklung in unserer Stadt.

Zum Schluss nur noch eine Bemerkung. Wir werden dann, wenn wir schauen, wie hoch der Bedarf an praxisintegrierten Plätzen ist, auch noch einmal zu klären haben, ob wir noch weiteren Ausbau mit praxisintegrierten Plätzen in Karlsruhe anbieten. Denn wir werden beim Ausbau von mindestens weiteren 1.000 Kitaplätzen weiterhin Erzieherinnen gewinnen müssen. Dann ist es möglicherweise so, dass wir weitere Plätze schaffen müssen. Aber das klären wir dann, wenn die nächste Runde ansteht.

Stadtrat Braun (KULT): Lassen Sie mich kurzhalten, nicht nur, weil wir die ausführliche Diskussion im Jugendhilfeausschuss geführt haben, sondern vor allem, weil die eigentliche Idee der Verwaltung, die PIA-Auszubildenden auf den förderfähigen Schlüssel anzurechnen, inzwischen zu den Akten gelegt ist. Wir müssen im Gemeinderat weiter dafür sorgen, dass der Erzieherberuf noch weiter an Attraktivität zunehmen kann. Wir glauben, dass eine solche Maßnahme das Ganze eher konterkariert hätte. Deswegen begrüßen wir die Entscheidung, den Antrag entsprechend abzuändern, und tragen diese Vorlage so auch mit.

Stadtrat Høyem (FDP): In meinen 30 Jahren als Schulleiter war ich auch immer für ganz große Kitas zuständig. Kitas sind nicht oder nicht mehr Betreuungsanstalten. Kitas sind unglaublich wichtige pädagogische Institutionen. Eigentlich sind die Kitas die Basis in unserer Bildungslandschaft. Lehrpläne und kompetente gut ausgebildete Mitarbeiter müssen im Zentrum für die pädagogische Qualitätsverbesserung sein. In Deutschland wird sehr gute Arbeit im Kindergarten geleistet. Aber, ohne jemanden beleidigen zu wollen, es ist spät, dass wir in Deutschland gelernt haben, diese Arbeit zu schätzen. Andere Länder, beispielsweise UK und ganz besonders unser Nachbarland Frankreich sind seit Jahrzehnten viel mehr als wir auf die pädagogische Qualität fokussiert. Es wäre interessant, mit unserer Partnerstadt Nancy frühkindliche Pädagogik zu diskutieren.

Pädagogische Qualität bedeutet nicht nur gute Ausstattung. Es bedeutet gut ausgebildetes Personal und geschätzte Mitarbeiter. Nicht nur werden unsere Kita-Mitarbeiter schlecht bezahlt, die Arbeitsbedingungen sind auch nahezu unmöglich. Hier stehen die Stellenschlüssel im Fokus. Eine Anrechnung für die praxisintegrierte Erzieherinnen- und Erzieherausbildung, die sogenannte PIA, auf den förderfähigen Stellenschlüssel wäre eine Provokation. Es wäre wie die Faust aufs Auge. Wir möchten sehr gerne gut ausgebildetes PIA-Personal haben. Ein wichtiger Teil dieser Ausbildung ist die Praxis im Kindergarten. Aber gute Ausbildung kostet Zeit und Planung im Kindergarten. Es wäre eine schreibstischtheoretische und realitätsferne Sicht, sich vorzustellen, dass man mit Auszubildenden und den festen Mitarbeitern noch mehr Kinder betreuen könnte. Dann würden die Träger und Mitarbeiter die Auszubildenden als eine Zumutung und nicht als eine Bereicherung erleben. Glücklicherweise sind wir hier im Gemeinderat nahezu alle überein, so eine Anrechnung abzulehnen.

Das Thema Verbesserte Kita mit Beitragsdeckelung ist ein gemeinsames Karlsruher Modell. Unsere SPD- und GRÜNEN-Kollegen sorgen leider landesweit für Verwirrung. Im Gemeinderat wünscht die SPD keine Beitragsfreiheit. Landesweit ist dieses der große Wahlkampf-Slogan. Im Gemeinderat wünschen unsere GRÜNEN-Kollegen Beitragsfreiheit. Landesweit bekämpfen sie gerade dieses. Bitte, SPD und GRÜNE, lassen Sie diesen Wahlkampf außerhalb Karlsruhes laufen. Gemeinsam wünschen wir pädagogische Qualität und bessere Arbeitsbedingungen für Mitarbeiter in den Kitas von Karlsruhe.

Günther Rüssel, der ehemalige CDU-Fraktionsvorsitzende, hat es so ausgedrückt, dass Kindergärten neben der Familie die wichtigsten Orte für eine gedeihliche Entwicklung der Kinder und Jugendlichen sind. Dafür lohnt es sich immer, neue Visionen zu entwickeln. Endlich machen wir hier im Gemeinderat einen ersten Schritt in diese Richtung. Die Gebührensituation ist kompliziert. Wir wollen unter keinen Umständen die Qualitätsverbesserung riskieren. Auch nicht mit einem verringerten Stellenschlüssel. Heute schicken wir nahezu alle im Karlsruher Gemeinderat ein deutliches Signal, nämlich, dass Kindergärten neben der Familie die wichtigsten Orte für eine gedeihliche Entwicklung der Kinder und Jugendlichen sind. Wir stimmen diesem mit Freude zu.

Stadtrat Wenzel (FW): Ganz kurz: Auch ich stimme dieser veränderten Vorlage zu. Auch war dieser Tage zu hören, dass die großen Verantwortlichen in der Politik gemerkt haben, dass der Rechtsanspruch auf Kita-Plätze dazu führt, dass

- a) ein Fachkräftemangel herrscht und
- b) ein Konkurrenzkampf zwischen den Kita-Anbietern herrscht.

Ich halte die praxisintegrierte Ausbildung für eine der wichtigsten Schritte, die wir haben, um Quereinsteiger in diesen Beruf zu führen, jeglichen Alters und jeglicher Ausbildung. Diesen als Schlüssel anzurechnen, wie es geplant war, halte ich für falsch. Ich finde es sehr gut, dass die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses sich so massiv und einstimmig dafür eingesetzt haben, dass die Vorlage nun geändert wurde. Mein Dank hier als Nichtmitglied des Ausschusses. Meine Zustimmung habe ich bereits erwähnt.

Der Vorsitzende: Lassen Sie mich noch an einigen Punkten ansetzen. Mir ist noch einmal wichtig, dass man das mit der Anrechnung für die Bürgerinnen und Bürger erläutert. Als seinerzeit PIA eingeführt wurde, bedeutete es, dass man für die Auszubildenden eine Ausbildungsvergütung bereitstellt. So etwas gab es vorher nicht. Damit die Träger mit der Ausbildungsvergütung nicht eine zusätzliche finanzielle Belastung bekommen, die sie von nirgendwo her wieder bekommen, hat man dann eine Anrechnung bis zu einem bestimmten Prozentsatz auf die Personalausstattung der Kindertagesstätten erlaubt, damit man dann über diese Versorgung, über die Personalstellen, ein Stück weit die Refinanzierung bekommt, weil eine bestimmte Personalausstattung die Grundlage der Abrechnung mit den Eltern, mit der Stadt und mit anderen ist, die an der Finanzierung beteiligt sind. Es wird niemand gezwungen anzurechnen. Aber es war immer eine Möglichkeit der Refinanzierung dieser zusätzlich durch die Ausbildungsvergütung entstehenden Kosten.

Diese PIA-Ausbildung war bis vor einiger Zeit in Baden-Württemberg einmalig, taucht jetzt aber zum ersten Mal als Begriff auch im Gute-Kita-Gesetz auf, und wird von daher jetzt auch bundesweit gefördert. Es ist auch ein großer Erfolg für Baden-Württemberg. Jetzt hat

die Stadt Karlsruhe seinerzeit zugegriffen und hat gesagt, wir wollen das fördern, indem wir diese Ausbildungsvergütung sozusagen übernehmen. Aber dann macht es auch keinen Sinn, dass es anschließend angerechnet wird. Denn dann wäre es eigentlich eine Doppelfinanzierung.

Der Vorschlag, den wir Ihnen jetzt gemacht haben, war, eine Anrechnung zuzulassen im 2. oder 3. Ausbildungsjahr und dafür die komplette Übernahme der Kosten für die Ausbildungsvergütung zu reduzieren. Das hatte ich mit den fünf wichtigsten Trägern im Übrigen auch schon vorbesprochen, denn wir gehen nicht blauäugig dort hinein. Allen Trägern hat das natürlich nicht gefallen. Aber die Rückmeldungen waren so, dass die Träger aus meiner Sicht nicht den Eindruck erweckt haben, dass sie ernsthaft daran dächten, Plätze zu streichen, sondern man hätte sich dann auf diese Geschichte einlassen müssen. Mein Petition war immer, wir haben die Zahl der Plätze so ausgebaut, wir sind sicherlich die Stadt, die im Moment am meisten kommunales Geld aufbringt, um diese PIA-Ausbildung zu fördern. Wenn es aber auch mit etwas weniger geht, ohne dass die Platzzahl reduziert wird, dann sollten wir diesen Weg gemeinsam gehen.

Im Jugendhilfeausschuss sind Sie da nicht mitgegangen. Das akzeptieren wir. Ich bin mir aber völlig sicher, in einigen Jahren, wenn unsere Haushaltsdecke nicht mehr ganz so groß ist, werden wir dann darüber reden müssen, ob wir die Zahl der Plätze reduzieren oder doch wieder in ein solches etwas verringertes Zuschussmodell einsteigen. Möglicherweise bringt uns jetzt aber auch die Landesbeauschussung etwas, und vielleicht kommt vom Bund auch noch einmal etwas dazu. Dann kann man das vielleicht auch adäquat auffangen.

Insgesamt möchte ich mich gerne bei den Trägerinnen und Trägern ganz herzlich bedanken für die Bereitschaft, immer sehr viele PIA-Plätze zusätzlich zu machen. Denn in der Tat, vor allem für die Ausbilderinnen und Ausbilder ist das natürlich ein riesiger zusätzlicher Kraftakt. Das ist unbestritten. Ich kann nur auch an die im Landtag, vor allem in der Landesregierung, vertretenen Parteien appellieren, eventuell da anzusetzen, dass man sagt, man muss auch die zusätzlichen Ausbildungszeiten vielleicht im Personalschlüssel verankern und auch statt der Anrechnung vielleicht noch andere Finanzierungsmöglichkeiten suchen. Mit dieser 100-Euro-Geschichte ist man als Land jetzt zumindest einmal ein Stück in diese Mitfinanzierung eingestiegen.

Dass es keine Ausbildung gibt, in der bisher es eine Anrechnung gibt, das erlebt zumindest jemand, der Handwerker bestellt, anders. Die schicken gelegentlich einen Auszubildenden mit. Den muss ich dann mit etwas geringerer Stundenpauschale durchaus auch mitbezahlen. Da wird es auch dem Kunden angerechnet. Insofern kann man das so pauschal jetzt nicht in den Raum stellen. Man muss auch immer wieder vergegenwärtigen, wir haben in vielen Berufen einen Fachkräftemangel. Aber der Erzieherinnen- und Erzieherberuf ist diesem Gemeinderat so wichtig, dass er dieses zusätzliche Förderinstrument einführte, was es sonst bei keinem anderen Beruf gibt. Auch das ist noch einmal ein starkes Bekenntnis des Gemeinderats und der Stadt zur frühkindlichen Bildung.

Frau Stadträtin Melchien hat es erwähnt, die Bertelsmann-Studie sagt, dass die Qualität in den Kindertagesstätten nirgends so gut ist wie in Baden-Württemberg, verglichen mit den anderen Bundesländern, und in Baden-Württemberg wiederum nirgends so gut ist, wie im

Stadtkreis Karlsruhe. Das hat aus meiner Sicht schon auch sehr stark etwas mit den PIA-Plätzen zu tun, die immer on top noch draufgesetzt werden.

Damit kommen wir zur Abstimmung. – Das ist einstimmige Zustimmung.

Vielleicht noch eine kleine Ergänzung. Wir hatten alle, die uns zu dieser Thematik Postkarten geschickt haben oder Briefe, zu einem Informationsgespräch eingeladen. Es waren am Ende genau fünf Vertreterinnen und Vertreter da von den hunderten, die uns geschrieben haben. Ich stelle an der Stelle noch einmal fest, wie außerordentlich kampagnefähig unsere sozialen Träger in Karlsruhe sind, die das in wenig marktschreierischer aber sehr erfolgreicher Kampagne umgesetzt haben. Auch dazu darf man denen an dieser Stelle noch einmal gratulieren. Das habe ich so in dieser Form selten erlebt, dass das so gut funktioniert hat. Hut ab an der Stelle.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
3. April 2019